

Zwanzig Jahre

Die Handlanger

L - R

Biografien & Werdegänge
aus der Nazi-Zeit

Roman Just

Inhaltsverzeichnis

Über den Autor	3
Zur Person:.....	4
Politiker und Funktionäre	5
N	5
O	38
Impressum	55

Inhalt: Werdegänge von Nazi-Größen, deren Nachname mit den Buchstaben L-R anfangen.

Zwanzig Jahre

Die Handlanger

L-R

Recherchiert, übernommen, überarbeitet und aktualisiert

von

Roman Just.

Über den Autor

Roman Just ist in der Welt der Literatur in verschiedenen Genres unterwegs. Mit den Thrillern der "Tatort-Boston-Reihe" hat er den Einstieg in die Literaturwelt begonnen, sie dann mit den "Gelsenkrimis" fortgesetzt. Neben den Thrillern und Krimis arbeitet er an einer mehrteiligen Dystopie und einer historischen Familiensaga, hinzu kommen Ausflüge in andere Genres.

Der Autor und bekennender Selfpublisher ist Jahrgang 1961, lebt in Gelsenkirchen, leidet mit dem vor Ort ansässigen Fußballclub seit 1971 zu allen Zeiten mit, spielt außerdem gerne mit Mitmenschen Schach und beschäftigt sich leider nur noch gelegentlich mit der Astronomie.

Der Selfpublisher betreibt auf seiner Homepage zu allen seinen veröffentlichten Titeln Leserunden, außerdem bietet er einen Leserkreis, an dem ebenfalls aktiv teilgenommen werden kann.

Mehr über den Autor und seine Titel gibt es hier:

<https://www.gelsenkrimi.de>

<https://www.gelsenkrimi.de/ueber-mich>

<https://www.gelsenkrimi.de/leserkreis>

<https://www.gelsenkrimi.de/gelsenhop>

<https://www.autorromanjust.de>

Zur Person:

Sternzeichen: Jungfrau

Gewicht: Im Moment viel zu viel

Erlerner Beruf: Kellner

Derzeit tätig als: Autor/Selfpublisher

Charaktereigenschaften: Impulsiv/Hilfsbereit

Laster: Nie zufrieden mit einem Ergebnis

Vorteil: Meistens sehr geduldig

Er mag: Klare Aussagen

Er mag nicht: Gier und Neid

Er kann nicht: Den Mund halten

Er kann: Zuhören

Er verachtet: Tyrannen und selbstverliebte Subjekte

Er liebt: Das Leben

Er will: Ziele erreichen

Er will nicht: Unterordnen

Er steht für: Menschlichkeit

Er verurteilt: Hass, Mobbing, Eitelkeit

Er denkt: Auch Einfaches ist nicht einfach zu erledigen

Er meint: Die Achtung und der Respekt vor der Würde eines Menschen werden durch das Gendern nicht gestärkt.

Politiker und Funktionäre

N

Werner Naumann

Staatssekretär im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda

Werner Naumann, geboren 16. Juni 1909 in Guhrau, Schlesien, gestorben am 25. Oktober 1982 in Lüdenscheid, war ein deutscher Volkswirt sowie Nationalsozialist, SS-Brigadeführer, Staatssekretär im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda und zuvor persönlicher Referent von Joseph Goebbels. Naumann war 1953 maßgeblich an einer Verschwörung beteiligt, bei der eine Gruppe ehemaliger NS-Funktionäre den nordrhein-westfälischen Landesverband der FDP zu unterwandern versuchte.

Werner Naumann war der Sohn des Amtsgerichtsrats Max Naumann und dessen Ehefrau Margarete, geborene Schuberth. Nach dem Gymnasialbesuch in Görlitz absolvierte er ab 1929 ein Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Berlin, Genf und Breslau. In Breslau wurde er 1936 mit einer Arbeit über Probleme der Einkommenspolitik zum Dr. rer. nat. promoviert und anschließend Oberassistent an der Universität Breslau. Er arbeitete an einer Schrift über Wirtschaftslenkung durch Menschenführung zwecks Habilitation um sich einer wissenschaftlichen Laufbahn zu widmen, gab dieses Vorhaben aber zugunsten einer NS-Karriere auf.

In Breslau heiratete er 1937 Ursula Becker. Naumann begann sich früh nationalsozialistisch zu betätigen und trat zum 1. September 1928 in die NSDAP und im selben Jahr in die SA ein. In der SA erreichte er bis 1934 den Rang eines SA-Oberführers. Während der Röhmer-Affäre stand er unter dem Schutz Heinrich Himmlers. Zunächst wurde er zwar aus der NSDAP ausgeschlossen, 1937 jedoch rehabilitiert. In Breslau übernahm er 1937 die Leitung des örtlichen Reichspropagandaamtes. Mit der Organisation eines Sängereinfestes fiel er Goebbels auf, wurde von ihm nach Berlin geholt und Anfang Januar 1938 nach Beförderung zum Ministerialdirektor zu Goebbels persönlichem Referenten ernannt.

Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde Naumann Unteroffizier bei der Luftwaffe und später zum Leutnant befördert. Er wechselte im Frühjahr 1940 zur Waffen-SS und nahm am Westfeldzug, dem Balkanfeldzug sowie dem Überfall auf die Sowjetunion teil. Nach einer schweren Verwundung kehrte er 1942 in das Propagandaministerium zurück. 1941/42 setzte Goebbels durch Intervention bei Hitler und gegen den Widerstand der Ministerialbürokratie Naumanns Beförderung zum Ministerialdirigenten im Oktober 1941 und zum Ministerialdirektor, 1942, durch Goebbels ernannte ihn nach dem Ausscheiden von Leopold Gutterer am 22. April 1944 zum geschäftsführenden Staatssekretär im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda. Zugleich fungierte Naumann als Sonderbeauftragter für Volkssturmfragen. Außerdem gehörte er zum Freundeskreis Reichsführer SS und tat während des Kriegs mehrfach Militärdienst in der Leibstandarte SS Adolf Hitler. Er wurde

1943 zum SS-Brigadeführer befördert, seinem höchsten erreichten SS-Rang.

Naumann galt als eine der wenigen herausragenden Persönlichkeiten im Propagandaministerium. Mitarbeiter berichteten, dass Naumann es war, der Goebbels in dessen Fanatismus bestärkte. Gleichzeitig sammelte Naumann insgeheim Material, dass Goebbels den Glauben an Hitler und den Endsieg verloren hätte. Er knüpfte Kontakte zu Heinrich Himmler und Martin Bormann in dem Bestreben, Goebbels zu stürzen und zu ersetzen. Magda Goebbels verliebte sich in Naumann und widmete ihm im letzten Kriegsjahr Liebesgedichte.

In Hitlers politischem Testament wurde Naumann zum Nachfolger Goebbels bestimmt. Bis zu Hitlers Suizid hielt er sich im Führerbunker auf und verließ diesen am 2. Mai 1945 zusammen mit Martin Bormann und Artur Axmann. Statt sich jedoch zur geschäftsführenden Reichsregierung unter Großadmiral Karl Dönitz in den Sonderbereich Mürwik zu begeben, tauchte Naumann unter. Zuvor hatte Naumann als Regimentskommandeur das Volkssturmregiment Wilhelmplatz I befehligt, in dem die Mitarbeiter des Propagandaministeriums zum Dienst eingezogen wurden. Von 1945 bis 1949 lebte Naumann unerkannt unter falschem Namen in Süddeutschland. Eine Gesellenprüfung als Maurer schloss er mit Bestnote ab.

1950 meldete er sich unter seinem richtigen Namen in Tübingen an, wobei er angab, zuvor mit dem französischen Auslandsgeheimdienst Deuxième Bureau zusammengearbeitet zu haben. Im gleichen Jahr trat er in die Düsseldorfer

Import-Export-Firma Cominbel ein, deren Inhaber Herbert Lucht früher Leiter der Außenstelle Wehrmachtpropaganda in Paris gewesen war. Er wohnte in der Villa Luchts, dessen Telefon im Rahmen der Naumann-Affäre abgehört wurde. Lucht gehörte zum nationalsozialistischen Netzwerk in der FDP. Um Naumann formierte sich der so genannte Düsseldorfer Kreis, zu dem unter anderen der ehemalige Organisator der Einsatzgruppen und Vertreter Heydrichs, Werner Best, gezählt wurde.

Am 15. Januar 1953 gab die britische Besatzungsmacht bekannt, eine Verschwörung ehemals führender NS-Funktionäre aufgedeckt und die Rädelsführer verhaftet zu haben. Die Gruppe um Naumann, der Gauleiter-Kreis oder Naumann-Kreis, hatte den nordrhein-westfälischen Landesverband der FDP unterwandert und war in einflussreiche Positionen gelangt. Dem Historiker Ulrich Herbert zufolge ging es den beteiligten Personen dabei um eine Rehabilitierung des Nationalsozialismus im allgemeinen und der eigenen Person im besonderen. Zu den politischen Vorstellungen habe aber auch die Wiedererrichtung eines autoritären Machtstaates gehört. Am 1. August 1953 wurde Naumann aus der Untersuchungshaft entlassen. Zuvor hatte der 2. Ferienstrafsenat des Bundesgerichtshofes das Verfahren gegen die Beschuldigten eingestellt.

Zum Netzwerk um Naumann zählten zahlreiche ehemalige NS-Funktionäre, wie der ehemalige Leiter der Rundfunkabteilung im Reichspropagandaministerium, Hans Fritzsche, der frühere Leiter des Referats Antikomintern, Eberhard Taubert, der SS-Oberstgruppenführer Paul Hauser,

der ehemalige HJ-Gebietsführer Horst Huisgen, der ehemalige HJ-Gebietsführer und Gaukulturreferent im Gau Köln-Aachen Dr. Friedrich-Karl Bornemann, zeitweilig Landesgeschäftsführer der FDP, der ehemalige Referatsleiter Rundfunk im Propagandaministerium, Wolfgang Diewerge, sowie Ernst Achenbach, der als Attaché der Botschaft in Paris an den Judendeportationen beteiligt war.

Bei diesem Unterfangen scheiterte Naumann ebenso wie bei seiner folgenden Spitzenkandidatur für die rechtsextreme Deutsche Reichspartei in Niedersachsen zur Bundestagswahl 1953. Um seine Wahl zu verhindern, wurde er in einem beschleunigten Entnazifizierungsverfahren als belastet eingestuft, wodurch ihm das aktive und passive Wahlrecht entzogen wurde. Später wurde er durch den Industriellen und Stiefsohn von Goebbels, Harald Quandt, als Direktor der Busch-Jaeger Metallwerk GmbH Lüdenscheid eingestellt. Dort ging er 1974 in den Ruhestand und betätigte sich zurückgezogen als Landwirt. Ende Oktober 1982 starb er an Herzversagen.

Arthur Nebe

Chef des Reichskriminalpolizeiamtes

Arthur Nebe, geboren 13. November 1894 in Berlin, gestorben am 3. März 1945 in Berlin-Plötzensee, war ein deutscher Polizeibeamter. Er war von 1937 bis 1944 Reichskriminaldirektor. Damit war er Chef des Reichskriminalpolizeiamtes, RKPA, des Amtes V des Reichssicherheitshauptamtes, RSHA, zunächst im Rang eines SS-Sturmbannführers, seit 1941 als SS-Gruppenführer. Schon unter Weimarer Bedingungen trat der Alte Kämpfer Nebe unter Verletzung seiner Dienstplichten für die NSDAP auf.

Im nationalsozialistischen Deutschland machte er als Kriminalbeamter Karriere. Er war führend an den Massenverbrechen der Einsatzgruppe B an Juden, Roma, Kommunisten und anderen sowjetischen Bevölkerungsgruppen beteiligt, erprobte die Massentötung durch Giftgas, beschaffte das Giftgas für die Tötung von Behinderten, so bei der Aktion T4, verfolgte den Hitlerattentäter Georg Elser, verantwortete die Deportation und Vernichtung von Sinti und Roma und Menschenversuche an KZ-Häftlingen. Undurchsichtig ist sein Verhältnis zum Verschwörerkreis des 20. Juli 1944, zu dem er Kontakte hatte. Nebe wurde vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Lange war das von dem Zeitzeugen Hans Bernd Gisevius und anderen seit 1946 entworfene Bild eines Widerstandskämpfers bestimmend. Die jüngere historische Forschung hat es in Aufarbeitung des Stands der Zeitgeschichte der

1950er bis 1980er Jahre grundlegend revidiert. Sie betont seit den 1990er Jahren die aktive Beteiligung des strammen Nationalsozialisten an den NS-Massenverbrechen und seine daraus resultierende Mitschuld, gleichzeitig wird Nebe nicht mehr dem militärischen Widerstand zugerechnet.

Der Sohn eines Volksschullehrers machte 1914 das Notabitur am Leibniz-Gymnasium in Berlin, nachdem er zuvor am Gymnasium zum Grauen Kloster durchs Abitur gefallen war, und meldete sich im Anschluss als Freiwilliger zum Kriegsdienst. Während des Ersten Weltkrieges kämpfte er beim Pionier-Bataillon 17, wurde zweimal verwundet und am 30. März 1920 als Oberleutnant a. D. entlassen. 1918/19 gehörte er zum Freikorps Grenzschutz Ost. Er versuchte erfolglos, bei der Glühlampenfabrik Osram und der Freiwilligen Feuerwehr Berlin eine Stelle zu bekommen. Am 1. April 1920 wurde er Kriminalkommissar-Anwärter bei der Polizeiverwaltung Berlin und studierte zudem einige Semester Medizin und Volkswirtschaft. In den Jahren 1920 bis 1923 organisierte er die "Deutschnationale Jugendgruppe Prenzlauer Berg". Er war seit 1924 mit Elise Schaeffer verheiratet und hatte eine Tochter, Gisela, die 1926 geboren wurde.

Nebe bildete, nach eigener Aussage, zusammen mit anderen Polizeibeamten eine völkische Gruppe, die sich mit der Propaganda gegen Juden und Freimaurer innerhalb der Polizeibeamtenschaft befasste. Zudem wurde er Verbindungsmann der NSDAP zur Kriminalpolizei Berlin. Zum 1. Juli 1931 trat Nebe der NSDAP und der SA bei. Der frühe Parteibeitritt begründete den Ehrentitel "Alter Kämpfer!". Außerdem wurde er zunächst förderndes Mitglied der SS.

Im Frühjahr 1932 gründete er zusammen mit anderen höheren Kriminalbeamten die Fachschaft Kriminalpolizei innerhalb der NS-Beamtenarbeitsgemeinschaft. Dienstinterna des Polizeipräsidiums Berlin gab er entgegen den Vorschriften weiter an den NSDAP-Abgeordneten im Preußischen Landtag Kurt Daluege.

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 rekrutierte Hermann Göring den am 1. April 1933 zum Kriminalrat aufgestiegenen Nebe zunächst für die Gestapo. Er wurde als Dezernent der Abteilung III, Bewegungsabteilung, eingesetzt. Zu seinen Untergebenen gehörten unter anderem der Leiter des Außendienstes III A Erich Lipik und der Leiter des Bereiches III B 2 Bruno Sattler, verantwortlich für SPD, SAP, Reichsbanner, Gewerkschaften sowie Sonderaufträge. Als am 1. Februar 1934 die Ermordung des Gestapo V-Mannes Alfred Kattner bekannt wurde, gab Nebe umgehend an Sattler den Befehl, als Vergeltung die inhaftierten KPD-Funktionäre John Schehr, Eugen Schönhaar, Rudolf Schwarz und Erich Steinfurth zu erschießen. Das erfolgte dann in der Nacht vom 1. zum 2. Februar 1934 an der Landstraße zwischen Wannsee und Potsdam in Höhe des Schäferberges auf der Flucht. Ursprünglich hatte Adolf Hitler in einem Wutausbruch über diese ungeheuerliche Provokation von Rudolf Diels 1.000 Sühneopfer gefordert. In die Vorbereitung der "Nacht der langen Messer" zur Ermordung der SA-Führung und weiterer dem NS-Regime missliebiger Personen, am 30. Juli 1934, von der nationalsozialistischen Propaganda als Röhm-Putsch bezeichnet, wurde Arthur Nebe, nach Erinnerung von Hans Bernd Gise-

vius, zu Görings Leibwächter bestellt und organisierte den Polizeischutz für die unter diesem Vorwand verübten Verbrechen. Gisevius behauptete in seiner Vernehmung während der Nürnberger Prozesse außerdem, Nebe habe von Göring den Auftrag zur Ermordung Gregor Strassers erhalten, wobei ein Auto- oder Jagdunfall vorgetäuscht werden sollte.

Mit Datum vom 1. Januar 1935 wurde Nebe mit der Leitung des preußischen Landeskriminalamtes, LKPA, beauftragt. Am 2. Dezember 1936 wechselte er mit dem Dienstgrad Sturmbannführer von der SA zur SS unter gleichzeitiger Ernennung zum SS-Führer im SD-Hauptamt. Im Juli 1937 wurde Nebe zusätzlich Leiter des späteren Amtes V des Reichssicherheitshauptamtes, das kriminalpolizeiliche Aufgaben im Reich wahrnahm, er blieb Chef der deutschen Kriminalpolizei.

Nach dem Attentat auf Hitler im Bürgerbräukeller am 8. November 1939 wurde von Himmler die Sonderkommission Bürgerbräuattentat, mit Sitz in der Stapo-Leitstelle München am Wittelsbacherplatz, eingesetzt. Diese leitete unter Nebe die Ermittlungen. Als Hitler am 11. November 1939 den Ort des Attentats besichtigte, ließ er sich von Nebe persönlich eingehenden Bericht erstatten. Die Ermittlungen führten zur Identifizierung von Georg Elser als Attentäter. Nach der Aussage Adolf Würths beauftragte Nebe den Rassenhygieniker Robert Ritter, Leiter der Rassenhygienischen Forschungsstelle am Reichsgesundheitsamt, mit der Untersuchung der Frage, ob Elser Zigeuner wäre. Würth und seine Mitarbeiterin, die Rassenforscherin Eva Justin, kamen dabei

zu einem negativen Ergebnis. Von 1938 bis 1944 war Nebe zudem Direktor der Internationalen kriminalpolizeilichen Kommission, KPK, heute Interpol, und von 1942 bis 1943 mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Präsidenten der IKPK beauftragt. Ferner war Nebe zusammen mit Gottlob Berger, dem Chef des SS-Hauptamtes, für die Rehabilitierung von Wilddieben der SS-Sondereinheit Dirlewanger zuständig.

Als 1938 gegen den Chef der Heeresleitung, Werner von Fritsch, wegen vermeintlicher Homosexualität Anklage erhoben wurde mit dem Ziel, ihn unter diesem konstruierten Vorwand aus der obersten Militärführung zu entfernen, konnte Arthur Nebe mit den tatsächlichen Informationen Unterstützung geben. In dem anschließenden Prozess wurde von Fritsch am 18. März 1938 wegen erwiesener Unschuld von den Anschuldigungen freigesprochen und im Anschluss wieder rehabilitiert. Trotz der erfolgten Rehabilitierung erhielt Fritsch seinen Posten dennoch nicht zurück, da ihn die NS-Spitze in Vorbereitung des Weltkriegs gezielt entfernen wollte. Nebe hatte zur Entlastung des Beschuldigten Beweise beschafft und stand im Kontakt mit dem für den Prozess gegen von Fritsch zuständigen Richter am Reichskriegsgericht, Karl Sack. Dieser wurde später im Kontext des Putschversuchs vom 20. Juli 1944 ebenfalls hingerichtet. Nebe teilte Sack sein Wissen im erforderlichen Umfang mit, wollte sich aber gleich wieder zurückziehen, denn mit den Folgeerscheinungen seiner Ermittlungen wollte Nebe nicht konfrontiert werden. Von einem ärztlichen Duzfreund ließ er sich krankschreiben, um im Prozess nicht aussagen zu müssen.

Im Vorfeld der Massenmorde an der sowjetischen Bevölkerung setzten sich 1941, nach Beginn des Kriegs gegen die Sowjetunion, Henning von Tresckow, Fabian von Schlabrendorff, Hans Bernd Gisevius und Nebe zusammen, um über den Einsatz von SS-Brigaden in den Gebieten hinter der Front zu beraten. In der von von Schlabrendorff und Gisevius vorgelegten Memoirenliteratur wird jedoch das Thema dieser Kooperation unterschlagen. Beide stellen das Treffen als eine Art informelle Widerstandsgruppe dar. Beide Vorgänge belegen Kontakte zu späteren Akteuren des Putschversuchs vom 20. Juli 1944, lassen sich aber nicht als eine wie auch immer geartete Widerstandshandlung gegen das NS-Regime deuten.

Viktor Brack von der Kanzlei des Führers beauftragte Nebe in der Planungsphase der Aktion T4 mit der Entwicklung einer Methode zur Massentötung durch Giftgas. Nebe gab den Auftrag an Albert Widmann, einen Angehörigen des Nebe unterstellten Kriminaltechnischen Instituts der Sicherheitspolizei, KTI, weiter. Widmann fragte Nebe bei seiner Beauftragung, ob Menschen oder Tiere getötet werden sollten, worauf Nebe antwortete, dass es weder Menschen noch Tiere, sondern Tiere in Menschengestalt sein würden. Nebe sicherte zu, dass Widmann keine Verantwortung tragen würde. Es folgte eine Besprechung in der Kanzlei des Führers, bei der Brack, Hans Hefelmann, Richard von Hegener sowie Nebe und Widmann anwesend waren.

Nachdem Heinrich Himmler am 15. August 1941 an einer Massenexekution in Minsk teilgenommen hatte, die Nebe, zu dieser Zeit Kommandeur der SS-Einsatzgruppe B, auf

dessen Bitte organisiert hatte, verlangte er von Nebe die Suche nach geeigneteren Mordmethoden. Nebe forderte daraufhin über seinen Berliner Stellvertreter Paul Werner den Sprengstoffexperten Helmut Hoffmann und, wie bereits weiter oben geschildert, Albert Widmann, der zuvor im Tierversuch die Tötung mit Giftgas erprobt und 1940 eine Probevergasung im Zuchthaus Brandenburg begleitet hatte, an. Wohl Mitte September 1941 trafen die beiden bei Nebe ein, der ihnen sein Vorhaben mitteilte, eine Gruppe sowjetischer Geisteskranker in einem Bunker in die Luft sprengen zu lassen. In einem Wald in der Nähe von Minsk wurden 25 Insassen einer Minsker Anstalt in einen Holzunterstand, an dem zuvor Sprengladungen angebracht worden waren, gesperrt. Nachdem etwa die Hälfte der Opfer die erste Sprengung überlebt hatte, wurde eine zweite mit diesmal mehr Sprengstoff durchgeführt. Nebe verwarf daraufhin diese Art der Tötung als unvorteilhaft und überlegte geeignetere Methoden für die Durchführung der Massenmorde. Die Gruppe fuhr weiter nach Mogilew, wo man den Laborraum einer Heilanstalt durch das Zumauern der Fenster sowie die vollständige Abdichtung zu einer provisorischen Gaskammer umbauen ließ. Nachdem einige Anstaltsinsassen in den Raum gesperrt worden waren, wurden Abgase eines Pkw eingeleitet. Als dies zunächst nicht die gewünschte Wirkung zeigte, wurden auf Anordnung Nebes über einen Schlauch zusätzlich Abgase eines Lkw der Ordnungspolizei eingeleitet. Als man sicher war, dass die Opfer tot waren, wurden die Motoren wieder abgestellt. Die Gruppe, zu der zwischenzeitlich auch Karl Schulz und Hans Battista gehörten,

kam nunmehr zu dem Schluss, dass die Tötung durch Abgase einer anderweitigen Tötungsmethode vorzuziehen sei. Nach Aussage Widmanns bei der Staatsanwaltschaft Düsseldorf nach Ende des Krieges schloss Nebe den zweiten Schlauch selbst an.

Als Nebe vorübergehend eine SS-Einsatzgruppe führen sollte, wollte er angeblich seine Position als Chef des Reichskriminalpolizeiamtes aufgeben, um so die neue Aufgabe nicht ausführen zu müssen. Nach den späteren Angaben des Nebe-Freunds und Zeitzeugen Hans Bernd Gisevius hätte Generaloberst Ludwig Beck ihn jedoch gebeten, die Einsatzgruppe dennoch zu führen und weiterhin Chef des Reichskriminalamts zu bleiben, damit er auch weiterhin Informationen aus der SS-Führung an den Widerstand liefern könne. Auch Henning von Tresckow, damals im Stab der Heeresgruppe Mitte tätig, in deren Bereich die Einsatzgruppe B eingesetzt werden sollte, ließ seine Verbindungen spielen, um Nebe zum Chef der Einsatzgruppe B zu machen. Rudolf-Christoph von Gersdorff, damals ebenfalls im Stab der Heeresgruppe Mitte verwendet, schrieb, dass Tresckow sich umgehend mit allen möglichen Stellen in Verbindung setzte, um zu erreichen, dass der Direktor des Reichskriminalamts und SS-Oberführer Artur Nebe mit der Führung der Einsatzgruppe B betraut wurde. Tresckow wusste, dass Nebe ein entschlossener Gegner des nationalsozialistischen Regimes, ein international bekannter Kriminalist und anständiger Mann war. Er war damals sehr froh, dass seine Bemühungen Erfolg hatten. Nebe leitete ab Juni 1941, während der ersten Monate des Krieges gegen die Sowjetunion, die Einsatz-

gruppe B, die unter Nebes Leitung aus rasse- und allgemeinpolitischen Motiven in der Sowjetunion von Juni bis November 1941 mehr als 45.000 Menschen ermordete. Dabei handelte es sich in der Hauptsache um Angehörige der jüdischen Minderheit, aber auch um Roma, um angebliche oder tatsächliche Kommunisten und Partisanen sowie um geistig behinderte Menschen. Am 22. Juli 1941 meldete Nebe: "In Minsk gibt es keine jüdische Intelligenz mehr".

Der im Widerstand gegen Hitler stehende Fabian von Schlabrendorff war ebenfalls im Generalstab der Heeresgruppe Mitte, in deren rückwärtigem Bereich die Einsatzgruppe B eingesetzt war. Schlabrendorff schrieb: "Als die Heeresgruppe Mitte in Smolensk vor Moskau festlag, war unser Blick auch auf unser Hinterland gelenkt. Es war gelungen, den SS-Terror auf ein Minimum herabzudrücken. Das war nicht unser Verdienst, sondern das Verdienst des SS-Gruppenführers Nebe." Im Oktober 1941 bat Nebe erfolgreich um seine Ablösung und Rückversetzung nach Berlin ins RKPA.

Ende März 1944 gelang 76 britischen Soldaten und Offizieren die Flucht aus dem deutschen Gefangenenlager Stalag Luft III, bis auf drei wurden aber alle bald darauf wieder gefasst. Hitler gab den Geheimbefehl, 50 von ihnen exekutieren zu lassen. Nebe beteiligte sich an diesem Kriegsverbrechen, indem er von seinen Untergebenen die Selektion durchführen ließ. Ein Kommando der Gestapo erschoss dann in der Zeit von 6. bis 18. April 1944 die Selektierten angeblich auf der Flucht. Wegen dieses Vorfalls wurde von den Briten noch Monate nach dem Krieg nach Nebe gefahndet,

da sie den Angaben nicht trauten, dass er Anfang März 1945 nach einem Urteil des Volksgerichtshofs wegen Beteiligung am Umsturzversuch des 20. Juli 1944 hingerichtet worden war.

Auch an der Verfolgung und Vernichtung der Roma-Minderheit wirkte Nebe mit. Unter seine Verantwortung fiel die Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens, die ab 1936 in mehreren Zwischenschritten zur Abteilung V A 2 b des RKPA wurde. 1939 hatte Nebe eine Massendeportation der Berliner Zigeuner zu erreichen versucht, er telegraphierte an Adolf Eichmann in Wien, wann er die Berliner Zigeuner schicken kann. Eichmann schlug vor: "Bezüglich Abtransport Zigeuner wird mitgeteilt, dass am Freitag, den 20.10.39, der 1. Judentransport von Wien abgeht. Diesem Transport können 3–4 Waggon Zigeuner angehängt werden."

Am 29. Januar 1943 erließ Nebe die Ausführungsbestimmungen zum Auschwitz-Erlass des Reichsführers SS Heinrich Himmler vom 16. Dezember 1942 zur Einweisung zigeunerischer Personen in das Zigeunerlager Auschwitz. Nebe befürwortete im Juni 1944 Menschenversuche zur Trinkbarmachung von Meerwasser und schlug vor, dafür asoziale Zigeunermischlinge im Zigeunerlager Auschwitz auszuwählen. Der hauptverantwortliche Mediziner Wilhelm Beiglböck wurde im Nürnberger Ärzteprozess zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Januar 1943 ließ Nebe den öffentlich nie aufgeführten Kulturfilm *Dasein ohne Leben*, der die Tötung von Kranken legitimiert, vor hunderten von SS-Offizieren vorführen, die den Film begeistert aufnahmen.

Die für den Mord an Kranken erforderlichen Gifte wurden über das Nebe unterstellte KTI beschafft. Für einen im April 1944 von Albert Widmann geplanten Versuch, im KTI in der Sensengasse an dem vermeintlichen Kriminellen Bruno Lüdke vergiftete Munition zu erproben, reiste Nebe mit Widmann an. Der Versuch scheiterte jedoch daran, dass Lüdke bereits zuvor vermutlich infolge eines anderen Experiments zu Tode gekommen war.

In einer 1949 und 1950 in über dreißig Folgen erscheinenden apologetischen Serie des Spiegel zur Geschichte der deutschen Kriminalpolizei, die der vormalige SS-Sturm-
bannführer, Leiter der Abteilung Tötungsdelikte und Experte für Vernehmungstechniken im Reichskriminalpolizei-
amt Bernhard Wehner verfasst hatte, ging es auch um die Frage einer Beteiligung Nebes an den Ereignissen des 20. Juli 1944. Dazu wurden Details zu Nebe mitgeteilt, die nach ihrer Herkunft wenig gesichert erscheinen, denn die seriöse Quellenlage zu Arthur Nebe ist außerordentlich dürftig. Gesichert scheint der Plan, dass Nebe am Tag des Putsches Kriminalräte und Kriminalkommissare schicken würde, unter deren Leitung Truppen des Ersatzheeres wichtige Reichsminister festnehmen sollten. Tatsächlich aber kam an diesem Tag niemand. Nebe hatte die Beamten nicht einmal bereitgestellt, weil er nie ernsthaft an ein Gelingen geglaubt habe. Obwohl er nach Einschätzung seines Biographen Ronald Rathert letztendlich gar keine besondere Rolle beim Ablauf des 20. Juli gespielt hatte, begab er sich wenige Tage später auf die Flucht. Es folgten eine monatelange Irrfahrt, Verstecke unter verschiedenen Adressen, zu denen ihm auch seine

zahlreichen Frauenbekanntschaften verhalfen und zwei vorgetäuschte Suizide, in der Hoffnung, dadurch die Suche beenden zu können. Anfang August 1944 wurde Nebe öffentlich zur Fahndung ausgeschrieben, ohne seinen SS-Rang und seine Funktion im Reichskriminalpolizeiamt zu nennen. Eine bei der weiblichen Kriminalpolizei beschäftigte Freundin, bei der er im Januar 1945 untergekommen war, verriet ihn im Gestapoverhör. Am 16. Januar 1945 wurde er von Willy Litzberg verhaftet. Am 2. März 1945 wurde Nebe vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt. Einen Tag später wurde das Urteil im Gefängnis Plötzensee in Berlin durch Erhängen vollstreckt. Sein Fluchthelfer, der Berliner Kaufmann Walter Frick, wurde später ebenfalls hingerichtet.

Michael Wildt weist darauf hin, dass die Informationen über Nebe in den Anfangsjahren des NS-Regimes überwiegend auf den Berichten von Gisevius fußten und diese nur mit äußerster Vorsicht zu sehen seien. Fraglos sei Nebe ein Antisemit gewesen und habe einer völkisch-rassenbiologischen Definition des Verbrechertums das Wort geredet. Nebe habe zwischen Ehrgeiz, Opportunismus und Unsicherheit laviert, und seine Kontakte zum Widerstand gegen Hitler seien viel zu vorsichtig, distanziert, absichernd gewesen, um ihn zum Kreis der Widerständler zählen zu können. Seine persönliche Beteiligung an den Verbrechen des Regimes sei indessen vielfach erwiesen. Die Gisevius-Angaben zu Nebe müssten als fragwürdig angesehen werden, da Gisevius mit Nebe befreundet war, dem er auch eines seiner Bücher widmete.

Hermann Neef

Reichsbeamtenführer

Hermann Neef. Geboren 2. September 1904 in Templin, gestorben am 18. November 1950 in Berlin, war ein deutscher Oberzollsekretär, Reichsbeamtenführer und Mitglied des Reichstags zur Zeit des Nationalsozialismus. Der Sohn eines Studienrates besuchte die Volks- und die Realschule in St. Goarshausen und legte nach dem Besuch eines Gymnasiums in Oberlahnstein 1922 das Abitur ab. Ab September 1922 schlug Neef die Beamtenlaufbahn beim Zoll ein, wo er bis 1928 zum Oberzollsekretär aufstieg.

Neef wurde 1923 Mitglied der SA. In der SA erreichte er später den Rang eines SA-Brigadeführers. Zum 4. Juli 1925 trat er der NSDAP bei. In der NSDAP wurde er 1929 Bezirksleiter im Bezirk Lahntal und erreichte 1930 die Position eines Kreisleiters. Von 1929 bis 1931 war Neef Stadtverordneter in Frankfurt am Main. Ab der 9. Wahlperiode im November 1933 gehörte Neef für den Wahlkreis 19, Hessen-Nassau, durchgehend bis zum Ende des Nationalsozialismus dem nationalsozialistischen Reichstag an. In der Beamtenabteilung der Reichsleitung der NSDAP wurde er 1931 Propaganda- und Organisationsleiter und erreichte dort 1934 die Position eines Hauptamtleiters und Regierungsrates. Von 1931 bis April 1933 fungierte er als Hauptschriftleiter bei der Nationalsozialistischen Beamtenzeitung, NSBZ. Im April 1933 wurde Neef stellvertretender Reichskommissar für Beamtenorganisationen, ab Juni 1933 Vorsitzender des Deut-

schen Beamtenbundes und ab Juli 1933 Leiter der Beamtenabteilung der NSDAP, was er bis 1934 blieb. Im Oktober 1933 begründete er den Reichsbund der deutschen Beamten, dem später über eine Million Mitglieder angehörten. Sein persönlicher Referent wurde der promovierte Volkswirt Justin Brill. Neef übernahm den ehrenamtlichen Vorsitz in Verwaltungs- und Aufsichtsräten bei Unternehmen, in denen hauptsächlich Beamte beschäftigt waren. Außerdem war er seit Oktober 1933 bis Kriegsende Reichsbeamtenführer und Herausgeber der Zeitung "Das Dritte Reich".

Der Akademie für Deutsches Recht gehörte Neef seit Oktober 1933 an und leitete dort von 1938 bis 1941 den Ausschuss für Beamtenrecht. Des Weiteren gehörte er dem Obersten Führerrat der Deutschen Rechtsfront an.

Neef, Mitglied des Führerrates des Reichsverbandes Deutscher Verwaltungsakademien und dort Verbindungsmann zum Amt Rosenberg, war zudem Präsident der Verwaltungsakademie in Berlin. Er wurde am 15. März 1934 Regierungsrat und war von 1934 bis 1945 Leiter des Hauptamts für Beamte der NSDAP. Er war Mitglied des Obersten Führungsrats der Deutschen Rechtsfront und des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen, BNSDJ, der ab 1936 unter dem Namen Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund bestand. Seit 1935 war er ständiges Mitglied der Reichsarbeitskammer. Er wurde am 9. November 1938 dem Personalhauptamt der Obersten SA-Führung als SA-Oberführer zugeteilt.

Neef verfasste viele Publikationen, die im Zusammenhang von Nationalsozialismus und Beamtentum standen, sämtli-

che Schriften wurden nach Kriegsende in der Sowjetischen Besatzungszone auf die Liste der auszusondernden Literatur gesetzt. In der Nachkriegszeit lebte Neef als Regierungsrat außer Dienst in Berlin, wo er im November 1950 verstarb.

Hermann Neubacher

Sonderbeauftragter für Wirtschaftsfragen in Südosteuropa

Hermann Neubacher, geboren 24. Juni 1893 in Wels, Österreich-Ungarn, gestorben am 1. Juli 1960 in Wien, war ein österreichischer Wirtschaftsfachmann und Politiker der NSDAP. Von 13. März 1938 bis 14. Dezember 1940 war er Bürgermeister von Wien. Hermann Neubacher war der Sohn eines sozialdemokratisch eingestellten Oberlehrers aus Pinsdorf. Er war Teilnehmer am Ersten Weltkrieg und hatte als k.u.k. Offizier eine kroatische Kompanie geführt. Im Jahr 1919 legte er an der damaligen Hochschule für Bodenkultur eine Dissertation zu einem forstwirtschaftlichen Thema vor. Seit seinem Studium war er Mitglied im Wiener Akademischen Turnverein. Neubacher war ab dem Jahre 1920 in der Holzindustrie tätig. Außerdem fungierte er bis Ende 1934 in Wien als Generaldirektor der GESIBA, Gemeinnützige Siedlungs- und Baustoffanstalt, die maßgeblich am sozialen Wohnungsbau in Wien beteiligt war. Als Mitgründer des Österreichisch-Deutschen Volksbundes agitierte Neubacher zusammen mit seinem Kameraden aus der Deutschen Gemeinschaft Arthur Seyß-Inquart und anderen großdeutsch eingestellten Politikern für den Anschluss Österreichs an Deutschland.

Als österreichische Nationalsozialisten mit dem Juliputsch vom 25. Juli 1934 den Versuch unternahmen, den austrofaschistischen Ständestaat zu beseitigen und dabei Bundeskanzler Engelbert Dollfuß ermordeten, musste die Partei untertauchen. Erst zu diesem Zeitpunkt schloss er sich im

Herbst 1934 der NSDAP an. In dieser Phase der Illegalität, bei der es den gemäßigeren Kreisen darum ging, weitere Provokationen und öffentlichen Terror zu vermeiden, übernahm Neubacher im Dezember 1934 die Parteiführung österreichischen NSDAP. Als Parteineuling hatte er hart gegen den Kern der alten Mitglieder zu kämpfen, die sich weigerten, ihn als Vorsitzenden anzuerkennen. Mehr Rückhalt hatte er hingegen unter den SA-Formationen, der militärischen Institution der illegalen NSDAP. Aber es gelang ihm gegen diesen Widerstand die Arbeitsfähigkeit und eine eigenständige Pressearbeit aufzuziehen, die durch die deutsche Gesandtschaft in Wien intensiv finanziell gefördert wurde. Der hier eingesetzte Sonderbeauftragte Adolf Hitlers, Franz von Papen nahm persönlich und über getarnte Kontaktmänner auf die Entwicklung der österreichischen NSDAP intensiven Einfluss. Vor allem versuchte er öffentliche Kundgebungen und Terror gegen Bevölkerungskreise klein zu halten, um die Verbotsbedingungen nicht noch weiter zu verschärfen und für akzeptable Anschlussbedingungen zu sorgen. Nach einer gezielten Polizeiaktion wurde Neubacher im Juni 1935 zusammen mit seinem innerparteilichen Widersacher Josef Leopold verhaftet. Beide wurden aufgrund des Juliabkommens von 1936 amnestiert, Neubacher war fortan für die reichsdeutschen IG-Farben als Balkanexperte unter Einschluss Österreichs tätig.

Einen Tag nach dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich am 12. März 1938 löste Neubacher Richard Schmitz als Bürgermeister Wiens ab, für zwei Tage war der Vizebürgermeister Fritz Lahr geschäftsführend im Amt ge-

wesen. Neubacher trat zum 1. Mai 1938 der NSDAP bei, blieb Bürgermeister bis zum 14. Dezember 1940 und wurde 1941 Gesandter in Kroatien. Nach einer Ablösung durch Siegfried Kasche wechselte er anschließend als Abgesandter nach Bukarest und Athen. In der SA wurde er zum 30. Januar 1939 zum Gruppenführer befördert.

Am 15. Oktober 1942 wurde er zum Sonderbeauftragten des Reiches für wirtschaftliche und finanzielle Fragen in Griechenland berufen, dem die monopolistische DEGRIGES direkt unterstand. Zum Finanz- und Superminister über alle produktiven Ressorts bestimmte er Hektor Tsironikos, von dem er sagte, dass dessen Deutschfreundlichkeit über jeden Zweifel erhaben sei.

Vom 24. August 1943 bis Kriegsende war Neubacher Sonderbevollmächtigter des Auswärtigen Amtes für den Südosten und dem Militärbefehlshaber Südost in Serbien gleichgestellt. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde er in Jugoslawien im Jahr 1951 zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt, jedoch bereits nach wenigen Monaten schwer krank entlassen. Von 1954 bis 1956 diente er der Regierung des Kaiserreichs Äthiopien als Berater und Verwaltungskommissar der Hauptstadt Addis Abeba. In dieser Zeit verfasste er ein Buch über Äthiopien, kehrte dann nach Österreich zurück und war vor allem als Bauunternehmer in Salzburg tätig.

Neubacher stand mit dem Wiener Werkbund in enger Beziehung. In einigen Publikationen wird angegeben, er wäre Werkbund-Präsident gewesen, andernorts wird er als Werkbund-Berater bezeichnet. Mit Josef Hoffmann verband Neubacher eine lebenslange Freundschaft.

Sein Großneffe Marcus J. Carney versuchte im Dokumentarfilm Projekt Neubacher die Geschichte Neubachers sowie seiner Familie und deren Aufarbeitung nach dem Weltkrieg darzustellen und legte es auf die österreichische Nachkriegsgeneration um, der er den "morbus austriacus", die österreichische Krankheit, attestierte.

Konstantin Freiherr von Neurath

Reichsaußenminister, Reichsprotector in Böhmen und Mähren

Konstantin Hermann Karl Freiherr von Neurath, geboren 2. Februar 1873 im Hofgut Kleinglattbach, Kleinglattbach, gestorben 14. August 1956 im Leinfelder Hof, Enzweihingen, war ein deutscher Diplomat des Kaiserreichs und der Weimarer Republik. Er wurde 1932 Reichsminister des Äußeren und hatte das Amt auch nach der nationalsozialistischen Machtergreifung bis 1938 inne. Zwischen 1939 und 1943 war Neurath Reichsprotector des vom Deutschen Reich besetzten Protektorats Böhmen und Mähren.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte Neurath zu den 24 Hauptangeklagten der Nürnberger Prozesse. Der Internationale Militärgerichtshof sprach ihn am 1. Oktober 1946 in allen vier Anklagepunkten schuldig und verurteilte ihn zu einer 15-jährigen Haftstrafe. 1954 wurde Neurath vorzeitig entlassen.

Konstantin von Neurath wurde am 2. Februar 1873 auf dem elterlichen Hofgut Kleinglattbach nahe der Stadt Vaihingen an der Enz geboren und entstammte einer württembergischen Adelsfamilie, deren Wurzeln jedoch in Hessen liegen. Der adlige Zweig der Familie beginnt mit dem hessischen Juristen Johann Friedrich Albert Constantin Neurath, Reichskammergerichtsassessor in Wetzlar, der 1791 in den Adelsstand erhoben wurde. Sein Sohn Constantin Franz Fürchtgott von Neurath trat 1807 in württembergische

Dienste und war kurzzeitig Justizminister. Großvater Constantin Franz Freiherr von Neurath wurde 1851 in den Freiherrenstand erhoben und war Außenminister von Württemberg. Vater Konstantin Sebastian Freiherr von Neurath war königlich württembergischer Oberkammerherr, Chef des Kammerherrenstabes und Gutsbesitzer. Im Rahmen seiner politischen Betätigung gehörte der Vater von 1881 bis 1890 als Abgeordneter der Deutschen Reichspartei dem Reichstag an. Die Mutter Mathilde entstammte dem Rittergeschlecht der Freiherren von Gemmingen.

Nach dem Abitur studierte Neurath von 1892 bis 1897 Rechtswissenschaften an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen sowie der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin. Sein Studium unterbrach er, um als Einjährig-Freiwilliger den Militärdienst im Infanterie-Regiment "Kaiser Friedrich, König von Preußen", 7. Württembergisches, Nr. 125 abzuleisten. 1894 wurde er Mitglied, später Ehrenmitglied, der Studentenverbindung Corps Suevia Tübingen. Im Jahr 1897 bestand Neurath das Referendar-Examen und trat im Folgejahr in den württembergischen Justizdienst ein.

Ab 1903 war er königlich württembergischer Kammerjunger, ab 1910 Kammerherr. In der Württembergischen Armee war er ab 1898 Sekondeleutnant, ab 1909 Oberleutnant der Reserve. Neurath heiratete am 30. Mai 1901 in Stuttgart die Bankierstochter Marie Auguste Moser von Filseck. Aus der Ehe gingen zwei Kinder hervor: Konstantin Alexander, der zunächst die Diplomatenlaufbahn einschlug und nach dem Zweiten Weltkrieg in die deutsche Wirtschaft wechselte Winifred. die 1926 den Diplomaten und späteren deutschen

Botschafter beim Königreich Italien, Hans Georg von Mackensen heiratete.

Nach bestandenerm Assessor-Examen wechselte Neurath 1901 in die konsularische Laufbahn des Auswärtigen Dienstes. Zwischen 1903 und 1908 war er Vizekonsul im deutschen Generalkonsulat in London, anschließend kehrte er in das Auswärtige Amt nach Berlin zurück. Durch Protektion Kiderlen-Waechters gelang ihm zum Jahreswechsel 1912/13 die Aufnahme in die diplomatische Laufbahn. Als Legationsrat in der Politischen Abteilung wurde er 1914 zum Botschaftsrat in Konstantinopel ernannt, allerdings trat er diesen Posten erst im Frühjahr 1915 an, da er zuvor als Reserveoffizier im Grenadier-Regiment "Königin Olga", 1. Württembergisches, Nr. 119 am Ersten Weltkrieg teilnahm. Im Osmanischen Reich erlebte Neurath den Völkermord an den Armeniern vor Ort mit.

Auf eigenen Wunsch wurde Neurath zum Jahresende 1916 aus dem Reichsdienst entlassen und übernahm von seinem Onkel Julius von Soden den Posten als Chef des Zivilkabinetts des württembergischen Königs. Bis zur Novemberrevolution von 1918 blieb er engster Berater von König Wilhelm II. Am 13. Dezember 1919 kehrte er mit Genehmigung des Reichspräsidenten Friedrich Ebert in den diplomatischen Dienst zurück und wurde Gesandter in Kopenhagen. Von 1921 bis 1930 bekleidete er den Posten des Botschafters beim Königreich Italien und erlebte den Aufstieg des italienischen Faschismus sowie den Aufbau einer Diktatur unter Benito Mussolini mit. Nach dem Tod Gustav Stresemanns favorisierte Reichspräsident Paul von Hindenburg Neurath

als neuen Außenminister. Allerdings stand der konservative Neurath der Weimarer Republik ablehnend gegenüber und trat für eine Revision des Versailler Vertrags ein. Seine Berufung scheiterte jedoch an der fehlenden Mehrheit im Reichstag. Stattdessen wurde Neurath deutscher Botschafter in London.

Nachdem Reichspräsident Hindenburg im Juni 1932 ein nicht mehr auf den Reichstag gestütztes Präsidialkabinett unter Franz von Papen gebildet hatte, wurde Neurath zum Außenminister im Kabinett der Barone ernannt. Er behielt sein Ministeramt auch in den folgenden Kabinetten Schleicher und am 30. Januar 1933 im Kabinett Hitler. Neurath galt als Exponent einer konservativen Fachbeamtenschaft. Bei sonst loyaler Mitarbeit innerhalb der Regierung Hitler ist bekannt, dass von Neurath sich 1935 ebenso wie seine Kabinettskollegen Gürtner, Blomberg und Frick für die von der Gestapo festgehaltenen Rechtsanwälte einsetzte, die die Witwe des im Zuge der politischen Säuberungswelle beim sogenannten Röhm-Putsch ermordeten katholischen Politikers Erich Klausener vertraten, was zu deren Entlassung aus der Haft beitrug.

Neurath stand für eine konservativ-revisionistische deutsche Außenpolitik und trug den immer stärker von Adolf Hitler bestimmten aggressiven Kurs der NS-Außenpolitik, so den Austritt aus dem Völkerbund, die Wiedereinführung der Wehrpflicht oder die Wiederbesetzung des Rheinlandes, aktiv mit. Hitler wiederum profitierte nicht nur von Neuraths Reputation im Ausland, sondern auch von der Expertise der von ihm angeleiteten Ministerialbürokratie. Die

Handlungsfreiheit des Auswärtigen Amts wurde jedoch durch die Konkurrenz des im Hintergrund agierenden NS-Außenpolitikers Joachim von Ribbentrop und dessen Dienststelle Ribbentrop ab etwa 1936 immer stärker eingeschränkt. Anlässlich des 4. Jahrestages der Machtergreifung verlieh Hitler an alle parteilosen Kabinettsmitglieder das Goldene Parteiabzeichen der NSDAP, wodurch Neurath zum 30. Januar 1937 der NSDAP beitrug. Zum 18. September 1937 trat er der SS im Rang eines SS-Gruppenführers bei, der dem Rang eines Generalleutnants entsprach. Bereits vorher war er Mitglied der von Hans Frank gegründeten nationalsozialistischen Akademie für Deutsches Recht geworden.

Bis 1937 trug Neurath eine Politik der Stärke mit, die auf die Annexion Österreichs, im Sprachgebrauch der Nationalsozialisten beider Länder auf die Gleichschaltung Österreichs abzielte und schließlich in das Berchtesgadener Abkommen mündete. Doch gegen Kriegspläne, wie sie Hitler auf einer Konferenz am 5. November 1937 verkündete, erhob er Einwände. Im Zuge der Blomberg-Fritsch-Krise wurde Neurath am 4. Februar 1938 zum Präsidenten des niemals zusammengetretenen Geheimen Kabinettsrates befördert und als Außenminister durch seinen parteiinternen Konkurrenten Ribbentrop ersetzt. Formal gehörte Neurath bis zum 30. April 1945 als Reichsminister ohne Geschäftsbereich der Reichsregierung an.

Nach der Zerschlagung der Tschechoslowakei und dem Einmarsch deutscher Truppen in Prag am 15. März 1939 wurde Neurath, möglicherweise als Beschwichtigungsgeste gegenüber den Briten, Reichsprotector im Protektorat Böh-

men und Mähren, und war unter anderem für die Unterdrückung der politischen Kultur der Tschechen und die Durchsetzung der Nürnberger Gesetze zuständig. Hitler hielt Neurath jedoch für nicht brutal genug, um die zunehmende tschechische Widerstandsbewegung zu unterdrücken. Er beurlaubte ihn deshalb im September 1941 zunächst dauerhaft, um seine Vollmachten an den stellvertretenden Reichsprotektor Reinhard Heydrich und nach dessen Ermordung durch tschechische Widerstandskämpfer Mitte 1942 an Kurt Daluge zu übertragen. Im August 1943 entsprach Hitler den wiederholten Entlassungsgesuchen Neuraths im Zuge eines größeren Revirements: Heinrich Himmler wurde zum Reichsinnenminister befördert und Neurath formell von dem Amt des Reichsprotektors entbunden, das der bisherige Reichsinnenminister Wilhelm Frick übernahm. Im Juni 1943 war Neurath zum SS-Obergruppenführer befördert worden, was dem Rang eines Generals entsprach. Zu seinem 70. Geburtstag erhielt er von Hitler eine Dotation in Höhe von 250.000 Reichsmark.

Am 6. Mai 1945 wurde Neurath von französischen Truppen gefangen genommen und dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg überstellt. Dort wurde er 1946 wegen Verschwörung gegen den Weltfrieden, Verbrechen gegen den Frieden, Planung und Durchführung eines Angriffskrieges, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt und zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Auf Initiative des Vatikans und mit Billigung der Sowjets wurde Neurath Anfang November 1954 vorzeitig aus dem Kriegsverbrechergefängnis Spandau entlassen.

Zuvor hatte die Sowjetunion alle Bemühungen um Entlassung oder Hafterleichterung strikt abgelehnt. Nach seiner Entlassung aus der Haft am 6. November 1954 verbrachte Neurath die letzten zwei Lebensjahre auf seinem Gut Leinfelder Hof bei Enzweihingen.

Hans-Jürgen Nierentz

Reichsfilmdramaturg

Hans-Jürgen Nierentz, geboren 15. September 1909 in Posen, gestorben am 16. Januar 1995 in Düsseldorf, war ein deutscher Schriftsteller und Fernsehintendant in der Zeit des Nationalsozialismus. Nierentz war der Sohn eines Lehrers. Zum 1. November 1930 trat er der NSDAP bei. Nach Tätigkeit in der Redaktion der Berliner NSDAP-Zeitung *Der Angriff* wechselte Nierentz zum Reichssender Berlin, wo er 1934 Leiter der Abteilung Kunst und Weltanschauung wurde. Als Nachfolger von Willi Krause, der als Schriftsteller unter dem Namen Peter Hagen bekannt war, übte er von 1936 bis 1937 das Amt des Reichsfilmdramaturgen aus. Joseph Goebbels ernannte ihn 1935 zum Mitglied des Reichskultursenats. Nach der Gründung des Berliner Fernsehsenders Paul Nipkow, der zunächst von Carl Boese geleitet wurde, wurde Nierentz am 22. April 1937 dessen erster Intendant. Er erweiterte das Personal des bis dahin winzigen Senders und förderte die Produktion von Fernsehspielen, für die er auch selbst Vorlagen schrieb. Überschattet war seine Amtszeit von Spannungen mit seinem direkten Vorgesetzten, dem Reichsintendanten des Deutschen Rundfunks Heinrich Glasmeier. Ab Mitte 1939 arbeitete er für das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda.

Als Autor trat Hans-Jürgen Nierentz u. a. mit von nationalsozialistischem Gedankengut getragenen Gedichten sowie mit dem Drehbuch zu Frank Wisbars Spielfilm *Fährmann*

Maria (hervor. Seit 1940 textete er auch Soldatenlieder. Bei der propagandistischen Weihnachtsringsendung 1940 trat er als Reporter und Soldat einer Propaganda-Kompanie im besetzten Narvik auf.

Behauptungen, er sei 1944 in Serbien ums Leben gekommen, sind falsch. Vielmehr betätigte er sich nach 1945 als Bühnenarbeiter im Millowitsch-Theater. Ab 1947 arbeitete er in der Werbebranche und war ab 1951 selbständiger Werbeschriftsteller. Er starb am 16. Januar 1995 in Düsseldorf.

In der Sowjetischen Besatzungszone wurden seine Schriften Symphonie der Arbeit, Gedichte großer Gegenwart und Wir bauen eine Straße sowie das Buch über ihn von Heinz Wilhelm Leuchter auf die Liste der auszusondernden Literatur gesetzt.

O

Carl Albrecht Oberg

Höherer SS- und Polizeiführer in Frankreich

Carl Albrecht, zuweilen auch Karl Albrecht, Carl-Albrecht oder auch nur Karl, Oberg, geboren 27. Januar 1897 in Hamburg, gestorben am 3. Juni 1965 in Flensburg, war ein deutscher Kaufmann, Nationalsozialist und SS- und Polizeiführer in Paris mit den Rängen SS-Obergruppenführer, General der Polizei und Waffen-SS.

Obergs Vater Carl Oberg war Professor für Medizin. Nach dem Abitur nahm er von 1915 bis 1918 am Ersten Weltkrieg teil. Er wurde mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet und als Leutnant verabschiedet. Danach trat er als Kämpfer in Freikorps auf, traf hier Carl-Heinrich von Stülpnagel und nahm aktiv am Kapp-Putsch 1920 teil. 1921 war er Geschäftsführer der Organisation Escherich. Danach war Oberg in Schleswig-Holstein Verbindungsoffizier zwischen Reichswehr und nationalen Verbänden. Von Januar 1926 bis 1929 war er in Hamburg als Import-Kaufmann für Südfrüchte tätig und danach längere Zeit arbeitslos. Im November 1930 erwarb er einen Laden für Tabakwaren, Trinkhalle, in Hamburg.

Oberg trat zum 1. Juni 1931 der NSDAP und im Juni 1932 der SS bei. 1932 ging er nach München. Dort arbeitete er mit Reinhard Heydrich eng zusammen und wurde dessen Adjutant. Es wird vermutet, dass er zu dieser Zeit Heydrichs rechte Hand im SD gewesen ist. Oberg koordinierte gemein-

sam mit Werner Best die Morde während des Röh̄m-putsches. Er wurde Personalchef des SD-Hauptamtes in M̄nchen. Nach Auseinandersetzungen mit Heydrich wurde er im November 1935 F̄hrer der 22. SS-Standarte in Mecklenburg und im Januar 1937 Stabsf̄hrer des SS-Abschnitts IV, Hannover. Mitte M̄rz 1939 wurde er SD-F̄hrer. Im Januar 1939 wurde Oberg kommissarischer Polizeipr̄sident in Zwickau und war in gleicher Funktion ab April 1941 in Bremen eingesetzt.

Im Zweiten Weltkrieg ging Oberg in das Generalgouvernement und war vom 13. Oktober 1941 bis Anfang Mai 1942 SS- und Polizeif̄hrer, SSPF, im Distrikt Radom. Seine Einsetzung als SS- und Polizeif̄hrer war ab Anfang August 1941 vorgesehen. Oberg traf aber erst Mitte Oktober im Generalgouvernement ein. In dieser Funktion war er zust̄ndig f̄r polnische Zwangsarbeiter und f̄r die Verhaftung von Juden im Ghetto Radom.

Am 5. Mai 1942 wurde er als H̄herer SS- und Polizeif̄hrer, HSSPF, nach Paris in das besetzte Frankreich versetzt. Nach Amtseinf̄hrung durch Reinhard Heydrich pers̄nlich trat er das Amt des HSSPF am 1. Juni 1942 an. Sein pers̄nlicher Referent wurde Herbert Hagen. Er bek̄mpfte dort vor allem die R̄sistance, auch durch Geislerschießungen. Er war an exponierter Stelle an der Endl̄sung der Judenfrage beteiligt und f̄hrte den Gelben Stern ein, etwa 75.000 Juden wurden durch ihn und seine Mitarbeiter in die Vernichtungslager deportiert. Oberg wurde im August 1944 zum SS-Obergruppenf̄hrer und General der Polizei bef̄rdert. Er trug f̄r die Franzosen den Beinamen "Der Schl̄chter von

Paris". Er war im Januar 1943 aktiv an der Zerstörung der Altstadt von Marseille und der anschließenden Deportation von Hunderten von Juden und anderen Franzosen in die Vernichtungslager beteiligt.

Im Zuge des gescheiterten Staatsstreiches vom 20. Juli 1944 wurde Oberg von Angehörigen des militärischen Widerstandes kurzzeitig festgesetzt. Oberg soll sich nach seiner Freilassung den Angehörigen des militärischen Widerstandes gegenüber ehrenhaft verhalten haben. Nachdem die Alliierten Frankreich befreit hatten, erhielt Oberg im Dezember 1944 noch ein Kommando in der Heeresgruppe Weichsel, die Reichsführer SS Heinrich Himmler direkt unterstellt war.

Bei Kriegsende wurde Oberg von Angehörigen der US-Armee in einem Tiroler Dorf gefangen genommen. Oberg wurde 1946 zunächst in Wuppertal zum Tode verurteilt, dann aber am 10. Oktober 1946 nach Frankreich verbracht und am 9. Oktober 1954 in Paris wegen Kriegsverbrechen erneut zum Tode verurteilt. Am 20. April 1958 wurde sein Todesurteil auf lebenslange Haft reduziert und Oberg am 28. November 1962 freigelassen. Danach lebte er in Flensburg, zu dieser Zeit eine Hochburg ehemaliger Nationalsozialisten und SS-Kader. Sein Spätheimkehrerantrag wurde abschlägig beschieden.

Otto Ohlendorf

Amtschef im Reichssicherheitshauptamt

Otto Ohlendorf, geboren 4. Februar 1907 in Hoheneggelsen, gestorben am 7. Juni 1951 in Landsberg am Lech, war ein deutscher Kriegsverbrecher, SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei, Befehlshaber der Einsatzgruppe D und Amtschef im Reichssicherheitshauptamt, RSHA. Er wurde 1948 als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt und 1951 hingerichtet.

Nach der Schulzeit am Gymnasium Andreanum in Hildesheim studierte er Rechts- und Staatswissenschaften an den Universitäten Leipzig und Göttingen. Zum 28. Mai 1925 trat er in die NSDAP und im selben Jahr in die SS ein, im folgenden Jahr wurde Ohlendorf SA-Mitglied. Damit war Ohlendorf ein Alter Kämpfer und bekam dementsprechend später das Goldene Parteiabzeichen.

Nach wissenschaftlichen Anstellungen am Institut für Weltwirtschaft in Kiel und an der Universität Berlin wurde er 1936 Wirtschaftsreferent beim Sicherheitsdienst des Reichsführers SS. Bereits im Folgejahr wurde ihm die Leitung der HA II, Deutsche Lebensgebiete, die bisher in der Verantwortung von Reinhard Höhn lag, übertragen. In dem dann ab September 1939 neu strukturierten Reichssicherheitshauptamt war er Leiter des Amtes III, Deutsche Lebensgebiete, das er bis 1945 führte. Hier war er verantwortlich für die Erstellung der Meldungen aus dem Reich. In diesen Berichten wurde versucht, die Staatsführung über die aktuelle Stimmung in der Bevölkerung zu informieren.

Nach der deutschen Invasion der Sowjetunion 1941 befahl er auf Anweisung von Heinrich Himmler zusätzlich bis Juni 1942 die Einsatzgruppe D, die in der Südukraine und im Kaukasus operierte. Die SS-Einsatzgruppen hatten die Aufgabe, die in den eroberten Gebieten lebenden Juden und Roma und Sinti sowie Führungskader der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zu vernichten. Ohlendorf war damit verantwortlich für die Ermordung von ungefähr 90.000 Menschen. Am 1. August 1941 bestätigte Ohlendorf noch einmal den Exekutionsbefehl an die Einsatzgruppen. Dieser habe beinhaltet, dass in Zukunft alle erfassten Juden aus rassistischen Gründen zu erschießen seien.

Ende 1943 wurde Ohlendorf zusätzlich stellvertretender Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium. Dort koordinierte er die Planungen für die Wirtschaft nach dem Krieg, eigentlich verbotenerweise, aber Himmler lehnte die vorgegebene, nach seiner Auffassung jedoch total bolschewistische Wirtschaftslenkung Albert Speers ab und schützte die Nachkriegsplanungen. Ohlendorf arbeitete in diesem Sinne auch mit Ludwig Erhard und vielen anderen Wirtschaftsfachleuten zusammen. An die Stelle des bürokratischen Lenkungsapparates müsse im Frieden ein aktives und wagemutiges Unternehmertum treten, so Ohlendorf. In den letzten Kriegstagen flüchtete er über die Rattenlinie Nord nach Flensburg.

Im Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg war Ohlendorf einer der Hauptzeugen der Anklage. Er schilderte emotionslos im Detail die Massenmorde seiner Einsatzgruppe. Zugleich erregte er damit auch Unwillen bei den

Angeklagten, insbesondere bei Hermann Göring, der ihm vorwarf, mit seinen wahrheitsgemäßen Schilderungen sich und die anderen Täter unnötig zu belasten. Im Nürnberger OKW-Prozess sagte er als Zeuge der Anklage aus, dass die Wehrmacht regelmäßig über alle Aufträge der Einsatzgruppen informiert gewesen sei und dass Wehrmacht und Einsatzgruppen häufig bei Exekutionen zusammengearbeitet hätten. Die angeklagten Generäle bestritten dies vehement.

Er wurde 1948 im Einsatzgruppen-Prozess zum Tode verurteilt. Im Verfahren versuchte die Verteidigung vergeblich und entgegen den Fakten, Ohlendorf als tendenziell oppositionellen Mittäter darzustellen, der keine Morde begangen habe, sondern nur Befehlsempfänger gewesen sei. Auch sein Stellvertreter Willi Seibert und sein Adjutant Heinz Schubert standen mit ihm vor Gericht. Ohlendorfs Darstellung etablierte die Version einer Endlösung, die klar von hierarchischen Strukturen und vorsätzlichem Handeln mit Hitler, Himmler und Heydrich als Zentrum der Entscheidungsfindung geprägt war. Dieses Narrativ wurde durch Mitangeklagte gestützt, die sich ebenfalls als kleine befehlsgebundene Rädchen in der Vernichtungsmaschinerie darstellten. Nachkriegshistoriker wie Helmut Krausnick, Martin Broszat, Leon Poliakov und Raul Hilberg wurden von dieser intentionalistischen Sichtweise beeinflusst.

Trotz einer Begnadigungskampagne, in der sich auch hohe kirchliche Würdenträger und Mitglieder der Bundesregierung Kabinett Adenauer I, beim Alliierten Hochkommissar für eine Begnadigung einsetzten, wurde Ohlendorf am 7. Juni 1951 im Kriegsverbrechergefängnis Landsberg durch

den Strang hingerichtet. Die seelsorgerische Betreuung vor der Hinrichtung übernahm der Nationalsozialist und Pfarrer der anthroposophischen Christengemeinschaft Werner Georg Haverbeck.

Der Leichnam wurde in seinem Heimatort Hoheneggelsen beigesetzt. Briefe von Ohlendorf an einen Hildesheimer Schulfreund, seine Frau sowie an andere während seiner Haftzeit 1947 bis 1950 werden im Stadtarchiv Hildesheim aufbewahrt.

Wilhelm Ohnesorge

Reichspostminister

Karl Wilhelm Ohnesorge, geboren 8. Juni 1872 in Gräfenhainichen, gestorben am 1. Februar 1962 in München, war ein deutscher Politiker in der Zeit des Nationalsozialismus und von 1937 bis 1945 Reichspostminister. Ohnesorge war der Sohn eines Telegraphenbeamten. Er trat 1890 als Eleve bei der Oberpostdirektion Frankfurt ein. Ohnesorge studierte dann Physik in Kiel und Berlin und wurde 1916 Postrat sowie Leiter des Postdienstes im Kaiserlichen Hauptquartier während des Ersten Weltkriegs. Nach dem Krieg war er Mitglied im Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund. Seit 1920 war er mit Hitler bekannt, gründete noch im gleichen Jahr in Dortmund eine der ersten außerbayerischen Ortsgruppen der NSDAP und bezeichnete sich fortan als Hitlers persönlichen Freund. 1925 trat er der neugegründeten Partei erneut bei und war Träger des Goldenen Parteiabzeichens der NSDAP.

Nachdem er 1929 Präsident des Reichspostzentralamts geworden war, wechselte er 1933 als Staatssekretär in das Reichspostministerium und übernahm damit faktisch die Leitung des Ministeriums, lange bevor er am 2. Februar 1937 tatsächlich Paul von Eltz-Rübenach als Postminister folgte. Im Mai 1933 wurde Ohnesorge Beigeordneter im Vorstand des Vereins Deutscher Ingenieure, VDI. Dieses Amt hielt er bis 1937. Ebenfalls 1933 wurde er Vorsitzender des Verbandes Deutscher Elektrotechniker, VDE. Ohnesorge war nicht nur überzeugter Nationalsozialist, sondern auch ausgewie-

sener Techniker mit besonderem Interesse für die Übertragung von Bildsignalen über Draht und Funk. 1936 erwarb die Reichspost 44 Hektar Land um die Hakeburg und errichtete für 2,4 Millionen Reichsmark eine Forschungsanstalt der Deutschen Reichspost. Die Hakeburg selbst wurde als Dienstwohnung mit Privatcharakter des Postministers dem Rechnungshof des Deutschen Reiches dargestellt. Rund um diesen Privatwohnsitz in Kleinmachnow direkt am Machnower See organisierte Ohnesorge in Steingebäuden und Baracken bis kurz vor Kriegsende High-Tech-Forschung, welche die weltweit modernste Funk-Fernsehtechnik mit anderen Technologien wie der Raketenforschung verknüpfte.

Unter seiner Leitung engagierte sich das Reichspostministerium auch erheblich in der Atomforschung. Neueste Forschungsarbeiten weisen darauf hin, dass Ohnesorge einer der treibenden Köpfe beim Uranprojekt war, der Entwicklung einer deutschen Atombombe. Mehrfach hat er dazu Hitler vorgetragen. In Zeuthen wurde mit dem Bau eines großen Zyklotrons und einer Pilotanlage zur Isotopentrennung begonnen.

In der Entnazifizierung nach 1945 stuften mehrere bayrische Spruchkammern Ohnesorge als Hauptschuldigen ein. Dieses Urteil wurde später zurückgenommen, die eingezogenen Vermögenswerte wurden nicht zurückerstattet, aber eine Pension bewilligt. 1942 hatte Ohnesorge von Hitler eine Dotation in Höhe von 250.000 Reichsmark erhalten. In der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR wurden mehrere seiner Schriften auf die Liste der auszusondernden Literatur gesetzt.

Ewald Oppermann

Generalkommissar von Nikolajew

Ewald Oppermann, geboren 25. Februar 1896 in Königsberg, gestorben am 29. Januar 1965 in Bad Pyramont, war DLV- und NSFK-Gruppenführer sowie Generalkommissar für den Generalbezirk Nikolajew im Reichskommissariat Ukraine. Der gelernte Maurer trat am 4. August 1914 in das I. Rekruten Dep. Grenadier-Regiment 3 ein. Im Mai 1915 zum Leutnant der Reserve befördert folgten bis zum Februar 1917 ständige Versetzungen und Kommandierungen zu unterschiedlichen Infanterie-Regimentern. Am 19. Februar 1917 gelang es Oppermann, zur Fliegertruppe versetzt zu werden und eine Beobachter-Ausbildung bei der Fliegerbeobachterschule Köln-Butzweilerhof zu erhalten. Seit dem 31. Mai 1917 im Frontdienst bei der Fliegerabteilung 202, gefolgt von einer Kommandierung zur Fliegerabteilung 13, wurde Oppermann am 15. September 1917 durch ein Flakgeschoss verwundet und anschließend aus der Frontverwendung abgezogen.

In den Nachkriegsjahren betätigte sich Ewald Oppermann als Bauunternehmer in Königsberg. Der Kontakt mit der Luftfahrt wurde über einen Aufsichtsratposten in der reichswehnrnahn Ostpreußischen Sportflug GmbH gesichert. Zum 1. Januar 1930 trat er der NSDAP bei. Seit dem 1. April 1933 bekleidete er den Posten des Fliegerlandesgruppenführers der Gruppe I Ostpreußen des Deutschen Luftsport-Verbandes, DLV. Bis zur Enttarnung der Luftwaffe am 1. April 1935 und der damit verbundenen Umwandlung des DLV in

die militärische Luftgaureserve, wurde hier unter dem Deckmantel eines zivilen Vereins, das breite Fundament, Ausbildung von Flugzeugführern, Beobachtern, Technischem Personal, der deutschen Luftwaffe gelegt. Am 1. April 1935 reaktiviert, erfolgte am 1. Juli 1935 die Beförderung zum Hauptmann d. R. begleitet von jährlich abzuleistenden Reserveübungen. Der nach der Liquidierung des alten DLV beziehungsweise Luftgaureserve erfolgten Gründung des Nationalsozialistischen Fliegerkorps, NSFK, am 1. April 1937 blieb Oppermann in seiner Funktion als Gruppenführer, dem zweithöchsten Rang in der NSFK, treu.

Nach Kriegsausbruch erfolgten Kommandierungen als Kommandeur der Flugzeugführerschule Seerappen, und im Juni 1940 als Erster Generalstabsoffizier beim Lehrgeschwader 1. Am 20. April 1941 zum Oberstleutnant d. R. befördert, wurde Oppermann ab dem 15. Dezember 1941 für Sonder einsätze des Reichskommissars Erich Koch gestellt. Als neu ernannter Generalkommissar für den Generalbezirk Nikolajew im Reichskommissariat Ukraine soll Oppermann auch für die Ermordung der jüdischen Bevölkerung des Generalbezirks mitverantwortlich zeichnen.

Bis zu seiner Rückkehr im August 1944 übernahm der Stabschef der NSFK-Gruppe I Fritz Boltenhagen die Führung der Gruppe Ostpreußen. Am 1. September 1944 erfolgte eine letztmalige Beförderung zum Oberst d. R. Nach der gemeinsamen Flucht mit Reichskommissar Koch über die Ostsee, wurde Oppermann 1945 im Internierungslager Neumünster inhaftiert.

Werner Osenberg

Leiter der Planungsabteilung im Reichsforschungsrat

Werner Oskar Ewald Osenberg, geboren 25. April 1900 in Zeitz, gestorben 14. Dezember 1974 in Renningen, war ein deutscher Materialwissenschaftler, Organisator der deutschen Rüstungsforschung und Rüstungsentwickler während des Zweiten Weltkrieges.

Er erforschte unter anderem die Verwendung von Keramik als Schneidstoff und erhielt 1938 einen Lehrstuhl an der Technischen Hochschule Hannover. Während des Zweiten Weltkrieges war er Leiter des Planungsamtes im Reichsforschungsrat. Durch seine Zentralkartei konnte er 5 000 Wissenschaftler und Techniker von der Kriegsfrente zurückholen. In seinem Institut in Lindau am Harz betrieb er auch Rüstungsforschung. 1945 wurde er in die Vereinigten Staaten gebracht. Seine Forschungskartei bildete die Grundlage für die Auswahl deutscher Wissenschaftler im Rahmen der Operation Overcast durch die Vereinigten Staaten.

Osenberg erhielt im Frühjahr 1918 das Abitur. Im Anschluss daran wurde er zur Marine einberufen und nahm im Oktober und November 1918 an einem Lehrgang zum Seeoffiziersanwärter teil. Ab 1920 studierte er zuerst an der TH München und dann an der TH Dresden Maschinenbau und schloss das Studium 1924 mit der Diplomprüfung ab. 1927 promovierte er bei Ewald Sachsenberg mit einer Arbeit zum Thema Zerspanungsvorgang mittels Holzbohrern und blieb dort bis 1938 wissenschaftlicher Assistent Sachsenbergs. Im Jahre 1938 führte Osenberg die ersten Untersuchungen der

Verwendung von Oxidkeramik als Schneidstoff durch. Zum 1. Mai 1933 trat Osenberg der NSDAP und im Juni desselben Jahres der SS bei. Ab 1936 war er aktiv im Sicherheitsdienst des Reichsführers SS und übernahm die Aufsicht für das Amt der Presse an der TH Dresden.

1938 wurde Osenberg auf den Lehrstuhl für Werkzeugmaschinen an der TH Hannover berufen. Er etablierte dort eine Entwicklungsabteilung der Kriegsmarine und eine Dienststelle des Reichsamtes für Wirtschaftsausbau. 1942 wurde Osenberg zum Abteilungsleiter der Amtsgruppe Forschung, Erfindung und Patentwesen des Oberkommandos der Kriegsmarine ernannt. Es wurde eine Modell-Torpedo-Versuchsstation mit einem Becken von der Größe 240 m² geplant. In diesem Becken wurden unter anderem die Messpistole 37 erprobt, weiterhin eine Vorrichtung zur künstlichen Erzeugung von Störungen bei Torpedo-Prüfungsgeschossen, ein Torpedo mit einer die Krängung verhindernden Flosse, ein Verfahren zum Zurichten von gewollten Störungen im Lauf eines Torpedos.

Außerdem war Osenberg vom Oberbefehlshaber der Kriegsmarine dazu bestellt worden, freie oder nicht voll ausgelastete Forschungskapazitäten zur Nutzung für die Kriegsmarine zu erfassen. Dazu erstellten Osenbergs Mitarbeiter schon in Hannover eine umfangreiche Kartei. Diese Vorarbeiten waren wahrscheinlich der Grund, weshalb Osenberg zum Leiter des Planungsamtes des Reichsforschungsrates ernannt wurde, denn eine solche Forschungskartei war eine wichtige Grundlage für die geforderten Aufgaben.

Der zweite Reichsforschungsrat, RFR, wurde 1942 in Berlin gegründet. Sein Ziel war es, die staatliche und universitäre Forschung stärker auf die Erfordernisse der Kriegsführung abzustimmen. Präsident des RFR war der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches Hermann Göring, dessen politische Macht damals allerdings zu sinken begann. Für den RFR war eine umfangreiche Organisation geplant mit 17 Fachspartenleitern und 20 Bevollmächtigten, denen die Technischen Hochschulen, die Universitäten, die Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und andere zuarbeiten sollten. Im Juni 1943 wurde zusätzlich das Planungsamt geschaffen. Dieses wurde von Oktober 1943 bis April 1945 in Lindau am Harz versteckt. Seine Postadresse war Northeim, Postfach 148. Göring ernannte Werner Osenberg zum Leiter dieses Planungsamtes. Seine Aufgaben wurden in fünf Leitlinien zusammengefasst.

Bei den Luftangriffen auf Hannover im August 1943 wurde Hannover schwer bombardiert, auch Osenbergs Institut wurde teilweise beschädigt. Man beschloss eine Evakuierung in eine ländlichere Gegend und landete schließlich im Oktober 1943 in Lindau. Dort bot das Mushaus Lindau der Burg Lindau mit seinen bis zu 2,30 m starken Mauern einen guten Schutz vor Bombardierungen. Osenberg kam mit rund 50 Mitarbeitern aus Hannover, zum Schluss betrug ihre Anzahl 298. Es gab auch eine Außenstelle in Berlin-Dahlem. Seine in Kiel begonnene Sammlung von Adressen nicht ausgelasteter Forschungskapazitäten baute Osenberg in Lindau zu einer Zentralkartei für alle Wehrmachtsteile aus. Mit ihrer Hilfe konnte man Wissenschaftler und Techniker an Univer-

sitäten, wissenschaftlichen Instituten und Wehrmachtsstellen erfassen. Sie umfasste etwa 2.000 Karteikarten mit Namen von Instituten und anderen Forschungsinstitutionen, zusätzlich enthielt sie eine Liste der Wehrmachtseinheiten, von denen Soldaten abgezogen werden konnten. Diese Forschungskartei lagert heute im Bundesarchiv in Berlin.

Mit insgesamt vier Denkschriften, die an 50 Personen der Staatsführung, der Wehrmacht und der Wissenschaft geschickt wurden, verfolgte Osenberg sein Hauptziel: Wissenschaft und Technik stärker für die Kriegsführung nutzbar zu machen. Wichtigstes Mittel dazu wurde die Rückholaktion, die im Herbst 1944 begann. Dabei wurden mit Hilfe der Kartei 5.000 Fachkräfte aus ihren Truppenteilen zurückgeholt und an kriegswichtige Betriebe vermittelt. Weitere 10.000 dieser Fachkräfte wurden unabkömmlich gestellt, um ihren Einzug an die Front zu verhindern.

Im August 1944 wurde auf Drängen Osenbergs durch Göring eine weitere Institution mit ähnlichen Zielen wie die des Planungsamtes gegründet, die Wehrforschungs-Gemeinschaft, WFG. Auch sie hatte als Aufgabe die Konzentrierung der technischen Forschung, einschließlich der privaten Industrie, auf die Kriegsbedürfnisse. Ihr Leiter sollte die Steuerung der Forschungsvorhaben vornehmen. Dieser Leiter wurde Osenberg, seine Kompetenzen wurden daraufhin gestärkt. Die Wehrforschungs-Gemeinschaft erhielt eine aufgeblähte Bürokratie. Über den Wert der WFG sind sich die Historiker uneins. K. H. Ludwig nannte sie ein riesiges Schwindelunternehmen und beklagte die Sinnlosigkeit des ganzen Unternehmens. Ruth Federspiel dagegen sieht in der WFG

einen bedeutsamen Schritt hin zu einer interdisziplinären Forschungsplanung.

1944 begann Osenberg in Lindau auch mit Rüstungsfor- schung und Rüstungsentwicklung. Er berief sich dabei auf seinen Auftrag, als Leiter des RFR die gelösten Aufgaben ei- ner praktischen Nutzung zuzuführen. Wichtigstes Projekt wurde ein Raketenkopf mit dem Decknamen Bienenkorb, der zur Abwehr feindlicher Jagdflugzeuge gedacht war. Grundlegend dafür war die Nutzung des Schardin-Effektes, wissenschaftlich Munroe-Effekt genannt. Beim Projekt Bie- nenkorb waren hunderte von Sprengkörpern ähnlich wie bei einer Bienenwabe aneinandergesetzt, der Brandsatzträger wies eine konkave Wölbung auf. Bei Versuchen in Redlin im Januar 1945 versagten die Sprengköpfe jedoch völlig, sie kamen trotz Verbesserungen nie zum Einsatz.

Eine Eigenentwicklung Osenbergs war das Raketen-Mehr- fachgeschoss Planet, das zur Bomberabwehr gedacht war. Wie beim Projekt Bienenkorb war auch hier die Aerodyna- mische Versuchsanstalt Göttingen in den Forschungsprozess einbezogen. Es sollte eine Mutterrakete entwickelt werden, die in einiger Entfernung von dem abschießenden Flugzeug zünden und dabei bis zu 30 Tochtterraketen abwerfen sollte. Diese sollten mit kreiselnden Bewegungen durch das Bom- bergeschwader fallen und durch ihre Spiralbahn möglichst viele Feindflugzeuge treffen. Doch man kam in Lindau nicht über die Entwicklung von Tochtterraketen hinaus.

Im Büro Osenberg, wie die Institution von den Bewohnern in Lindau genannt wurde, wurde bis Ende März 1945 gear- beitet. Am 10. April 1945 rückten die Amerikaner ein, Osen-

berg wurde verhaftet, nach Paris und dann in die Vereinigten Staaten gebracht. Von April 1945 bis November 1947 war Osenberg in Internierungshaft. Schon kurz nach seiner Gefangennahme übergab er den Alliierten eine Liste mit den Namen von 15.000 deutschen Wissenschaftlern. Sie wurde für die Aktion Paperclip, auch "Operation Overcast" genannt, verwendet. Diese sollte deutsche Wissenschaftler, auch überzeugte Nationalsozialisten, in amerikanische Dienste überführen. Im Jahre 1948 tauchte Osenberg wieder in Lindau auf, bis in die 1960er-Jahre wurde er für seine Rückholaktion gerühmt.

Im Jahre 1954 kehrte Osenberg an die Technische Hochschule Hannover zurück und übernahm den Lehrstuhl für Fertigungstechnik und Werkzeugmaschinen. Bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1970 untersuchte Osenberg dort vor allem die Zerspanung sprödharter Werkstoffe mit hochharten Schneidstoffen.

Zum Titel

<https://www.gelsenkrimi.de/product/21317918/zwanzig-jahre-die-hand-langer-l-r-biografien-epub>

Impressum

© 2025 Roman Just

Postanschrift: Roman Just, Holtwiesche 11, 45894 Gelsenkirchen, bei Hendricks

www.gelsenkrimi.de

romanjust@gelsenkrimi.de

Kein Teil dieses Buches darf ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung des Herausgebers reproduziert oder in einem Abrufsystem gespeichert oder in irgendeiner Form auf irgendeine Weise elektronisch, mechanisch, fotokopiert, aufgezeichnet oder auf eine andere Weise übertragen werden. Die Veröffentlichung erfolgt im Auftrag des Autors und der Gelsenecke.